



Der Stiftungsrat der Binninger Altersheime wäre lieber nur noch Mieter seiner eigenen Heime (im Bild: Schlossacker) – doch die Rechnung hat einen Haken.

JURI JUNKOV

# Verflixte Geld-zurück-Garantie

## Binningen Das Altersheim will seine Immobilien verscherbeln - das könnte teuer werden

VON BENJAMIN WIELAND

Die Pläne der Trägerschaft der Binninger Altersheime kommen nicht überall gut an. Das Vorhaben der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen, das sie bisher unter Verschluss gehalten hat: Sie will ihre Immobilien einem Unternehmen verkaufen und sie dann zurückmieten (bz von gestern). Unter dem Strich sei das, ist der Stiftungsrat überzeugt, günstiger, als selber Heime zu besitzen. Der Geschäftsführer teilte offensichtlich diesen Optimismus nicht. Am vergangenen Mittwoch trennte sich der Stiftungsrat von Raphael Thürlemann, per sofort.

Die Binninger SP stellt eine Anfrage zu den Verkaufsabsichten des Heims in Aussicht. Gaida Löhr, Präsidentin der SP-Fraktion im Einwohnerrat, will vom Gemeinderat wissen, wohin der Verkaufserlös fließt, sollten die Heime tatsächlich abgestossen werden. «Ich finde das Vorhaben höchst fragwürdig»,

sagt Löhr zur bz. «Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Immobilien dem Heimbetreiber gehören sollten.»

### Droht Millionen-Forderung?

Stossend sei auch, dass die Stiftung öffentliche Gelder und de facto kostenlos Land erhalten habe für den Bau des 2013 eingeweihten Alterszentrums Schlossacker. «Wenn nun ein Privater mit diesem Grundstück einen Gewinn erzielen würde, wäre das stossend.»

Käme es zur Veräusserung, würden wohl bald Vertreter des Kantons beim Heim auf der Matte stehen. Dieser beteiligte sich mit knapp 14,9 Millionen Franken am «Schlossacker», dessen Bau fast 43 Millionen Franken kostete. Laut dem kantonalen Altersbetreuungs- und Pflegegesetz besteht eine Rückerstattungspflicht bei Altersheimen, wenn sie vor Ablauf von 25 Jahren seit der Schlusszahlung «zweckfremd oder auf eine nicht gemeinnützige Trägerschaft» übertragen wurden. Das wäre hier der

Fall: Der bz liegen Offerten der Levit AG vor – eine Investmentgesellschaft.

Bei einem Verkauf würde man eine Rückerstattung prüfen, sagt Gabriele Marty, Leiterin Abteilung Alter bei der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion. «Ich gehe bei der vorliegenden Ausgangslage davon aus, dass eine Rückerstattungspflicht vorliegt.» Neben dem Kanton schoss auch die Gemeinde Gelder fürs «Schlossacker» ein: 13,5 Millionen Franken. Den restlichen Betrag brachte die Stiftung selbst auf. Levit bietet für die Liegenschaften Schlossacker, Langmaten und eine Reserve-Landparzelle rund 40 Millionen Franken.

### Baurecht für 1 Franken jährlich

Ein weiterer Knackpunkt bei einer Abzession: Die Gemeinde überliess dem Altersheim das Grundstück für das «Schlossacker» im Baurecht. Das Land, auf dem der Komplex mit 72 Betten steht, kostet einen Franken pro Jahr.

Der Binninger Gemeindepräsident Mike Keller sagt auf Anfrage, man sei vom Stiftungsrat über die Absichten dokumentiert worden. Grundsätzlich seien innovative Ansätze für Einsparungen begrüssenswert. «Beim vorliegenden Vorhaben müssen wir jedoch zuerst umfangreiche Abklärungen treffen, bevor wir uns zum vorgeschlagenen Konzept positionieren können. Die entscheidenden Fragen sind für uns: Wäre eine Veräusserung rechtlich überhaupt möglich? Und dann: Welche finanziellen Konsequenzen und Risiken hätte das Modell für die Gemeinde?» Es könne nicht sein, fügt Keller an, dass der öffentlichen Hand Mehrkosten und Risiken entstünden, während die Stiftung entlastet werde und sich das Geschäft für eine Immobilienfirma rentiere.

Der Gemeinderat wird am Montag Gelegenheit haben, seine Haltung zum geplanten Heimverkauf ausführlich darzulegen. Dann tagt der Binninger Einwohnerrat.

NACHRICHTEN

### KANTONSSPITAL Venenzentrum auf dem Bruderholz eröffnet

Dem Trend folgend, in der Medizin zunehmend ambulant zu behandeln, baut das Kantonsspital Baselland (KSBL) auf dem Bruderholz den ambulanten Bereich aus. Mit dieser Ausrichtung geht das KSBL bereits heute in die Umsetzung der ab 1. Januar 2019 geltenden neuen Regelung des Bundesamts für Gesundheit «ambulant vor stationär». Diese schreibt mit einer Änderung der Krankenpflege-Leistungsverordnung in sechs Eingriffsgruppen die ambulante Durchführung vor. Zu diesen Eingriffen gehören auch Krampfader-Operationen. Das ärztliche Team bestehe aus etablierten Gefässmedizinern der Angiologie und der Gefässchirurgie, die in der Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Venenleiden bereits seit Jahren eng zusammenarbeiteten und die modernsten Methoden der Venendiagnostik und Therapie anwendeten, teilt das KSBL mit. Nach den angiologischen Abklärungen an einem der KSBL-Standorte oder bei niedergelassenen Spezialistinnen und Spezialisten erfolgen die operativen Eingriffe zu einem Grossteil im neuen Venenzentrum. Am 14. November lädt das Venenzentrum von 17 bis 23 Uhr zur «Nacht der offenen Tür» ein. (BZ)

ARLESHEIM

### Budget 2019 sieht kleinen Gewinn vor

Die Gemeinde Arlesheim rechnet fürs kommende Jahr bei einem Aufwand von 53,1 Millionen Franken mit einem Gewinn von 253 700 Franken, wie der Gemeinderat mitteilt. Nicht enthalten ist ein möglicher Teuerungsausgleich für das Staatspersonal von rund 1,5 Prozent oder 243 000 Franken, der frühestens Ende 2018 vom Landrat beschlossen werden könnte. Der horizontale Finanzausgleich belastet das Budget mit 6,6 Millionen Franken. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahresbudget leicht rückläufig. Die Erhöhung der Pflegekostenbeiträge, Mehrkosten für die familienergänzende Betreuung sowie zusätzliche Entschädigungen an betriebsplanpflichtige Waldbesitzer führen zu einem Mehraufwand gegenüber 2018. Diesen gleichen moderat ansteigende Steuererträge und Sparmassnahmen in den Sachkosten aus. (BZ)



Sie bieten ab sofort ihre Speisen in wiederverwendbarem Geschirr an.

ZVG

### Liestaler Take-aways

## Bündnis gegen Wegwerfgeschirr

Eigentlich wissen es alle: Einweggeschirr ist eine abfallintensive Angelegenheit. Im Zeitalter der Take-aways steigen die Abfallberge aus einmalig verwendetem Plastikgeschirr deshalb auf neue Höhen. Ein Rezept dagegen wäre, das eigene Geschirr mitzunehmen. Das erfordert Planung und Aufwand. Deshalb bleibt es oft beim guten Vorsatz.

Landesweit Gegensteuer gibt seit zwei Jahren der Verein Recircle. Er hat nun auch zwei Liestaler Take-aways kontaktiert. Und Nahed Razok vom «Aleppo» und Beatrice Rieder vom «herzlich» sprangen sofort auf und animierten sieben weitere Liestaler Take-away-Restaurants zum Mitmachen. Dies mit dem Resultat, dass

ab sofort auch im Café Azizi, im «Falken», in der «FrischKostBar», im «divro», im «mooi», im «Neuhüsi» und im «Tapeo» das Essen im Mehrweggeschirr mitgenommen werden kann.

Und so funktioniert es: Der Gast zahlt für Schale, Teller oder Suppenbecher ein Depot von zehn Franken. Er kann den Behälter in jedem der beteiligten Take-aways erneut auffüllen oder – sogar ungewaschen – zurückgeben. In diesem Fall erhält er das Depot retour. Ein weiterer Vorteil: Die Mehrwegbehälter sind dicht verschliessbar, mikrowellen- und tiefkühltauglich. Die Liestaler Gastronomen entscheiden nach dreimonatigem Versuch über die definitive Einführung des Mehrweggeschirrs. (H)

# Liestal betreibt künftig wässrige Wirtschaftsförderung

## Einwohnerrat Firmen, die bauen, müssen weniger Wasseranschlussgebühren bezahlen

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Bruno Imsand (FDP), Präsident der Spezialkommission zum neuen Wasser- und Abwasserreglement, wusste gestern Abend alle Liestaler Einwohnerräte hinter sich, als er sagte: «Mit den neuen Reglementen sind wir auf dem Weg in die Gegenwart.» Denn die grossen Änderungen waren unbestritten. So allen voran der Systemwechsel, dass bei neuen Wohnbauten für die Berechnung der Anschlussgebühren die Bruttogeschossfläche massgebend ist und nicht mehr der Gebäudeversicherungswert.

### Angebliche Hinterzimmerdeals

Nur eine Änderung hatte es in sich und gab Anlass zu einem fast schon klassenkämpferischen Rededuell zwischen zweien, die sich schon mal bei einer Stadtratswahl gegenübergestanden waren – Joel Bühler (SP) und Thomas Eugster (FDP). Bühler stellte die neue Regelung infrage, dass der Stadtrat Firmen, die durch ein Bauvorhaben in Liestal neue Arbeitsplätze schaffen oder vom Steueraufkommen her eine besondere Bedeutung haben, bis zur Hälfte der Anschlussgebühren bei Wasser und Abwasser erlassen kann.

Bühler argumentierte: «Das Ziel dieser Regelung ist, anderen Gemeinden

Unternehmen abzuluchsen. Das ist ein Nullsummenspiel, denn insgesamt werden nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen.» Folge solcher «intransparenter Hinterzimmerdeals» sei vielmehr, dass Unternehmen immer mehr entlastet würden. Das provozierte Eugster zur Replik: «Ich weiss nicht, auf welchem Planeten du lebst. Auf der Erde herrscht Wettbewerb, auch zwischen den Gemeinden. Und wir müssen vorne dabei sein.»

### «Auf der Erde herrscht Wettbewerb, auch zwischen den Gemeinden. Und wir müssen vorne dabei sein.»

Thomas Eugster FDP-Einwohnerrat

Eugster erhielt Sukkurs von Parteikollege und Stadtpräsident Daniel Spinnler. Der Stadtrat müsse sich auch bei der Wirtschaftsförderung am Machbaren orientieren, und die neue Regelung sei dabei ein Mosaiksteinchen. Der Antrag von Bühler und Hanspeter Zumsteg (Grüne), den neuen Passus aus dem Wasser- sowie dem Abwasserreglement zu streichen, wurde mit 20 bürgerlichen gegen 13 rot-grüne Stimmen bei drei grünen Enthaltungen abgelehnt. Grüner wurde Eugster beim Thema Allee. Zusammen mit Benjamin

Holinger (Grüne) wollte er mittels Interpellation vom Stadtrat wissen, ob rund um die Neugestaltung der Allee nicht «etwas mehr Park drinliege», wenn die diversen Bauvorhaben besser koordiniert würden.

Stadtrat Franz Kaufmann (SP) winkte ab wegen der ganz unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Projekte. Der Quartierplan «Am Orisbach» mit Post und Allee stehe kurz vor der öffentlichen Mitwirkung, die Neuüberbauung des Lüdin-Areals (bz von gestern) befindet sich erst in der Konzeptphase. Eugster und Holinger waren damit nicht zufrieden und forderten, dass sich der Stadtrat rund ums «Filestück Allee» ein paar Gedanken in Richtung Gesamtkonzept machen solle.

Gerade zweifach spielten gestern die SBB mit. Einerseits winkte der Einwohnerrat im Schnellzugstempo einen Millionenkredit für Ersatz respektive Sanierung von Wasser- und Abwasserleitungen im Langhag-Quartier durch. Dies, weil er befürchtete, dass die angeschlagenen Leitungen durch die Vibrationen beim Vierspurausbau bersten könnten. Andererseits bekundete Stadtpräsident Spinnler sein Missfallen, dass Liestal beim gestern vom Bundesrat vorgestellten Step 2035 den Schnellzughalt nach Luzern zu verlieren droht. Man werde sich wehren.